

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 92 (2012)
Heft: 993

Artikel: Zurück in die Zukunft
Autor: Henkel, Hans-Olaf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735358>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2 Zurück in die Zukunft

Der Euro war von Anfang an ein politisches Projekt. Die Idee der neuen Währung: die Europäische Union näher zusammenführen. Nun zeichnet sich ab, dass genau das Gegenteil geschieht. Welche Zukunft hat der Euro?

von Hans-Olaf Henkel

Der Ruf des Euro hat gelitten. Die Krise der Eurozone hat freilich auch ihr Gutes, weil sie zu einem neuen Nachdenken über die politische Gestaltung unseres Kontinents führt. Dies habe ich an mir selbst festgestellt. Im Verlauf der Krise habe ich nicht nur meine Meinung über den Euro geändert, sondern auch über die Richtung, die die Europäische Union einschlagen sollte.

Einst war ich ein enthusiastischer Befürworter des Euro und romantischer Träumer von einem «Vaterland Europa» im Gegensatz zu Charles de Gaulles «Europa der

Einst war ich ein enthusiastischer Befürworter des Euro und romantischer Träumer von einem «Vaterland Europa».

Vaterländer». Ich erinnere mich noch gut an den Sommer 1956, als ich, 16jährig, meine erste Fahrradtour ins Ausland unternahm. Über Trier und Luxemburg und einen Schlenker über die belgische Grenze radelte ich nach Paris. Der Krieg war noch keine zehn Jahre vorbei, und doch stempelten die Beamten in ihren Grenzhäuschen dem deutschen Jungen seinen Reisepass (!) und liessen ihn auf seinem klapprigen Fahrrad passieren. Ich atmete Europa in vollen Zügen.

Fast 40 Jahre später wurde ich Präsident von IBM Europa und bezog nun schon zum dritten Mal in meinem beruflichen Le-

ben eine Wohnung in Paris. Meine Vorgänger, u.a. der legendäre Schweizer Kaspar Cassani, hatten aus den nationalen Tochtergesellschaften der IBM längst ein durch und durch europäisches Unternehmen gemacht. Unsere Kunden wurden zwar noch auf nationaler Basis betreut, die Produktion war jedoch längst europäisiert. Wieder erlebte ich Europa als etwas Positives.

Heute gibt es keine IBM Europa mehr. So wie IBM sind auch BMW, Nestlé und ABB längst global organisiert. Für unsere Unternehmen war Europa bestenfalls eine Episode auf dem Weg von nationaler zu globaler Orientierung. Sicher ist ein Verbund von Staaten nicht eins zu eins mit Töchtern eines Unternehmens gleichzusetzen, dennoch ist der Vergleich illustrativ: die Architekten des «Hauses Europa» (Michail Gorbatschow) machen sich etwas vor und halten an einer vergangenen Welt fest, wenn sie europäische Nabelschau betreiben. Europapolitiker sollten vielmehr die ganze Welt in den Blick nehmen – ohne dabei ihre Heimat aus den Augen zu verlieren.

Heute werden wir Zeugen eines grotesken Vorgangs: Als Nebenprodukt von Euro-Rettungspaketen zeichnen unsere euromantischen Architekten eine zentralistische Eurozone («Fiskalunion») auf die Landkarte, die sich schon deshalb bald als anachronistisch herausstellen dürfte, weil sie die kulturelle und wirtschaftliche Realität völlig ignoriert. Anstatt ein Währungssystem den vorhandenen Kulturen anzupassen, soll ein ganzer Kontinent den Bedürfnissen einer Währungsunion untergeordnet werden. Das kann, nüchtern betrachtet, nicht gutgehen. Der Marsch in ei-

Hans-Olaf Henkel

ist Autor und Honorarprofessor an der Universität Mannheim. Er war Chef der IBM Europa, Mittlerer Osten und Afrika sowie Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

nen europäischen Zentralstaat würde das Gegenteil dessen bewirken, was er bezweckt – er würde mithin den europäischen Zusammenhalt schwächen statt stärken. Welchen Weg also müsste Europa gehen? Dazu möchte ich drei Anregungen präsentieren.

1. Mehr Föderalismus, weniger Zentralismus

Wenn grosse Organisationen an den Rand des Ruins oder in die Pleite geraten, so hängt dies zumeist mit ihrer Grösse und zunehmenden Unfähigkeit der Verwalter bzw. ihrer gewählten Vertreter zusammen, den Überblick zu behalten. Deshalb tut eine Grossorganisation, die der Logik einer Top-down-Organisation folgt, gut daran (oft gegen den Widerstand der Verwalter bzw. Vertreter), sich als Konglomerat aus vielen selbständigen Organisationen zu verstehen. Je grösser eine Organisation, desto mehr muss sie delegieren, eigenverantwortlich agierende Zentren gründen und die Möglichkeit schaffen, unten, also beim Kunden bzw. Bürger, optimale Lösungen zu finden.

Für Staatenbünde gilt deshalb dasselbe wie für grosse Unternehmungen: mehr Dezentralisierung statt Zentralisierung! Wenn wegen Verletzung bisheriger Verträge nun alle Fäden Europas in Brüssel (oder Luxemburg) enden sollen, wird dieser Kontinent zu einem unbeherrschbaren



Hans-Olaf Henkel (Bild: pd)

und schwerfälligen Koloss. Dieses polit-
strukturelle Szenario hat bereits viele his-
torische Gesichter, das anschaulichste mag
das der ehemaligen Sowjetunion gewesen
sein. Das Schicksal der UdSSR wurde nicht
nur durch eine versagende Ideologie, son-
dern auch durch den übermächtigen und
bürokratischen Zentralstaat besiegelt. Alle
Fäden liefen in Moskau zusammen. Selbst
eine Jahrhundertkatastrophe, wie die im
entfernten ukrainischen Tschernobyl, wurde
in Moskau so lange unter dem Deckel ge-
halten, bis es für eine Evakuierung vieler
zu spät war.

Das Beispiel der Schweiz hingegen
zeigt seit vielen Jahren, dass «small» eben
«beautiful» ist. Eine föderale Organisa-

Keiner in den USA käme auf die Idee, Texas Rettungspakete für das überschuldete Kalifornien schnüren zu lassen.

tionsform ist einer zentralistischen auf
lange Frist überlegen. Weil föderale Orga-
nisationen Probleme nur nach oben dele-
gieren können, wenn keine andere Mög-
lichkeit besteht, müssen sie schneller auf
Missstände reagieren. Man denke an die
Schweizer Schuldenbremse. Noch unmit-
telbar vor der «Eurokrise» führten die Eu-
ropapolitiker immer gern den Begriff «Sub-
sidiarität» im Munde. Jetzt ist dieser Begriff
aus ihrem Vokabular verschwunden. Nun
soll ein europäischer Zentralstaat her, auf-
grund der durch nichts bewiesenen Be-
gründung, dass die Probleme des Euro
durch ein «zu wenig an Europa» entstan-
den seien. Besonders eifrige Euromantiker
bemühen dabei die Idee der «Vereinigten
Staaten von Europa», übersehen aber, dass
ihr grosses Vorbild auf der anderen Seite
des Atlantiks trotz Einheitswährung immer
ein föderaler Staat geblieben ist. Keiner
käme dort auf die Idee, Texas Rettungspa-
kete für das überschuldete Kalifornien
schnüren zu lassen. In der Eurozone, im-
mer noch bestehend aus rechtlich völlig

unabhängigen Staaten, wird freilich genau
das bereits heute über diverse «Rettungs-
schirme» praktiziert.

Der zu rettende Euro ist eine «one-size-
fits-all»-Währung, die sich für die Grie-
chen und Franzosen als längst zu schwer
und für Deutsche und Österreicher als viel
zu leicht erwiesen hat. Die politische Klasse
der Eurozone tritt nun unter dem Banner
«mehr Europa» die Flucht nach vorn in den
europäischen Zentralstaat an. Stattdessen
sollte sie die Konsequenz aus der Fehlent-
wicklung ziehen. Ich habe vorgeschlagen,
dass Deutschland, Holland, Finnland und
Österreich gemeinsam aus dem Euro aus-
treten und eine eigene gemeinsame Wäh-
rung begründen, die genau so funktionie-
ren soll, wie es ursprünglich einmal für den
Euro vorgesehen war. Sicher würden
Schweden, Dänemark, Tschechien beitre-
ten. Der Euro bliebe den anderen Ländern
erhalten und würde ihnen, in abgewerteter
Form, wieder eine Wachstumsperspektive
bieten. Zwar würden für die Austrittslän-
der Exporte teurer, aber der Aufwertungseffekt
kann in Grenzen gehalten werden. Diese
Idee wurde zuerst marginalisiert und
ignoriert. Nun wird sie diskutiert und als
denkbares Szenario behandelt. Denn ange-
sichts der Alternativen – weitermachen wie
bisher oder Rauswurf Griechenlands – ist
eine Aufspaltung der bessere Weg.

2. Mehr echte Eigenverantwortung statt falsche Solidarität

Ich habe beim Entwurf und bei der Ein-
führung an vorderster Front für die Ein-
heitswährung gekämpft. Inzwischen be-
reue ich diesen Einsatz aus drei Gründen.

Erstens war ich naiv genug zu glauben,
dass sich die Politik an die selbst gesetzten
Stabilitätsauflagen hält. Schon mit der
Aufnahme Griechenlands, gegen die ich
damals öffentlich protestierte, wurde aber
der Maastricht-Vertrag gebrochen. Sowohl
Präsident Jacques Chirac als auch Kanzler
Gerhard Schröder verletzen danach die
Neuverschuldungsgrenzen ihrer Länder
und schufen damit die Basis für über 60
weitere Vertragsverletzungen in der Euro-
zone. Keine zog die vertragsmässig festge-
legten Konsequenzen nach sich. Auf Druck

von Präsident Nicolas Sarkozy brachte
Kanzlerin Angela Merkel schliesslich die
«no-bail-out»-Klausel zum Einsturz, die als
Brandmauer zwischen dem deutschen
Steuerzahler und ausgabefreudigen Politi-
kern anderer Länder vom damaligen Fi-
nanzminister Theo Waigel aufgebaut wor-
den war. Der jetzt verfolgte Plan, den
«moral hazard» (den Anreiz zu weiterem
Schuldenmachen) durch neue Verträge zu
begrenzen, ist völlig ungläubwürdig. Wenn
die Politik nicht einmal in der Lage war, die
früheren, niedrigeren Hürden zu über-
springen, warum sollte sie in der Zukunft
gar noch höhere nehmen?

Zweitens hatte ich nicht erkannt, dass
sich in völlig unterschiedlichen Finanz-,
Wirtschafts- und Sozialkulturen eine «one-
size-fits-all»-Währung zu einer «one-size-
fits-none»-Währung entwickeln musste.
Nur mit niedrigen Euro-Zinssätzen konn-
ten griechische Politiker gigantische Schulden
aufhäufen. Die Immobilienblase in Spanien
hätte mit «spanischen» Zinsen niemals ent-
stehen können. Schlimmer noch: die meisten
«Südländer» konnten ihre in der Vergangen-
heit geübte Praxis nicht mehr aufrechter-
halten; stets konnten sie bisher durch
moderate Reformen, aber auch durch Ab-
wertungen ihre Wettbewerbsfähigkeit
sichern. Das war einmal. Alle, einschliess-
lich Frankreichs, verloren seither – teilweise
dramatisch – an Wettbewerbsfähigkeit.

Drittens hat sich der Währungsver-
bund zu einer veritablen Ansteckungsma-
schine entwickelt. Die Erkältung eines Landes
führt sofort zur Grippe oder gar Lungen-
entzündung eines anderen. Dass die Frank-
furter Börse auf Entwicklungen in Lissabon
hektisch reagiert, dass im Gefolge von Her-
abstufungen Italiens und Belgiens die Ra-
tingagenturen nun die Bonität Deutsch-
lands in Frage stellen, ist ein Resultat der
Einheitswährung. Statt Brände mit Brand-
mauern zu isolieren, wird im Euroraum für
Funkenflug gesorgt.

Statt diese Zusammenhänge zuzuge-
ben und die Eigenverantwortlichkeit ihrer
Mitglieder wieder herzustellen, marschiert
die politische Klasse der Eurozone in die
entgegengesetzte Richtung, die mit «Trans-
ferunion» beschildert ist und in der jeder

Mitgliedstaat für die Schulden aller haftet. Dieses System organisierter Verantwortungslosigkeit führt die Eurozone unweigerlich über eine Schulden- in eine Inflationsunion. Daran ändert auch der Etikettenschwindel nichts, diese nun ausgerechnet «Stabilitätsunion» zu nennen.

Natürlich war die Europäische Union immer auch solidarisch. Strukturausgleichsfonds, Kohäsionsfonds, gemeinsame Forschungsprojekte wurden von den «Geberländern» finanziert, um in den «Nehmerländern» für mehr Wohlstand zu sorgen. Bisher war diese Umverteilung aber auf 1,2 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts und auf klar definierte Projekte beschränkt. Und vor allem unterlag sie einem demokratisch legitimierten Prozess. Neuerdings hingegen ist die gemeinschaftliche Haftung für in den einzelnen Ländern bereits aufgetürmte und in der Zukunft weiter aufzunehmende Schulden vorgesehen, deren Höhe genauso wenig bekannt ist wie der Zweck, der zum Schuldenmachen führte.

Zwar will man eine verfassungsmässig abgesicherte Schuldenbremse in allen Eurozonenländern einführen, aber schon in Frankreich, wo 2011 die Neuverschuldungsquote viermal so hoch war wie in Deutschland, haben die Sozialisten beschlossen, dass mit ihnen eine entsprechende Verfassungsänderung nicht zu machen sei.

3. Mehr Wettbewerb, weniger Harmonisierung

«How do we Europeans get competitive?», fragte in den 1990er Jahren der damalige EU-Kommissar Leon Brittan und gab selbst die Antwort: «By competition!» Der Wettbewerb zwischen kleineren Einheiten führt, gute Rahmenbedingungen vorausgesetzt, zu einem stärkeren Ganzen. Dass der Wettbewerb zwischen kleineren Kantonen zu einer insgesamt stärkeren Schweiz führt, wissen nicht nur die Schweizer. Noch im Jahre 2000 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf geeinigt, die EU im Jahre 2010 zur «wettbewerbsfähigsten Region» der Welt zu machen. Die Vielfalt der einzelnen Länder wurde zum Markenzeichen der EU. Mit dem damit einhergehenden Wettbewerb

der Ideen wurde die zügige Aufnahme von immer mehr Ländern begründet. Ich meine zu Recht, denn mit einer Erweiterung des Binnenmarktes nahm der Wettbewerb unter den Ländern zu. Mit dem System des «Benchmarking», dem Vergleich mit dem jeweils Besten auf europäischer Ebene, wurde die Grundlage dafür geschaffen, voneinander zu lernen.

Leider haben unsere Europapolitiker die Erkenntnis vernachlässigt, dass man nicht beides auf einmal haben konnte: erweitern und vertiefen. Durch den Reflex, auf die Eurokrise mit «mehr Europa» zu reagieren, wird dieser Wettbewerb nun abgewürgt. Stattdessen soll harmonisiert werden, beispielsweise die Steuersätze. Dass am Ende nicht das niedrigere Steuerebene von Irland, sondern eher das höhere von Frankreich für alle herauskommt, ist abzusehen. Oder glaubt jemand ernsthaft, die Finanzminister der Höchststeuerländer würden jetzt die Steuern senken? Diese Angleichung – auch die anvisierte Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme, der Arbeitszeiten, des Lohnniveaus usw. – ist politisch gewollt. Europas Sozialpolitiker und Gewerkschaftsführer ergreifen jetzt die Gelegenheit, den Wohlstand in Europa angeblich «gerechter» zu verteilen. In Wahrheit sinkt dadurch insgesamt der Wohlstand, so dass es weniger zu verteilen gibt – was ja kaum gerecht sein kann.

Auch die Rhetorik von dem «grossen Währungsraum», der die Eurozone angeblich schon durch seine Grösse auf Augenhöhe mit den USA oder China bringen soll, ist nicht überzeugend. «Scheitert der Euro, scheitert Europa», meint Bundeskanzlerin Angela Merkel. Was für ein Trugschluss! Europa hat es schon lange vor dem Euro gegeben, selbst in der EU gibt es noch zehn Länder, von denen kaum eins noch Lust auf den Euro verspürt. Darüber hinaus gibt es weitere ca. 20 europäische Länder wie Norwegen oder die Schweiz, die nicht einmal in der EU sind.

Da angesichts des angerichteten Chaos den Befürwortern der Einheitswährung die ökonomischen Argumente ausgegangen sind, werden vermehrt politische Begründungen ins Feld geführt. Wenn gar nichts

mehr hilft, wird sogar behauptet, der Euro sei notwendig zur Friedenssicherung. Einmal ganz davon abgesehen, dass wir auch zu D-Mark-Zeiten im Frieden lebten und seit der Einführung des Euro auch mit unseren Nicht-Euro-Nachbarn gut auskommen, ist dieses Argument auch historisch unsinnig. Der Friedensgarant heisst Demokratie und nicht Euro. Noch nie hat eine Demokratie eine andere angegriffen. In Einheitswährungsräumen (beispielsweise Dinar und Rubel) gab es durchaus blutige Auseinandersetzungen. Deshalb wird umgekehrt «ein Schuh daraus»: die zunehmend undemokratische Krisenbewältigung, das ständige Hineinreden deutscher Politiker in die Angelegenheiten anderer

Der Euro erreicht das genaue Gegenteil dessen, was er mal erreichen sollte.

Länder, die Einschränkung des Budgetrechts der Länderparlamente durch zentralistische Aufsichtsorgane führen zu einer gefährlichen Aushöhlung der Demokratie. Mehr noch, wir beobachten jetzt schon immer öfter Zwist und Zwietracht innerhalb der Eurozone und parallel dazu eine ständige Verbreiterung des Grabens zwischen Euro- und Nichteuroländern.

Der Euro erreicht also das genaue Gegenteil dessen, was er mal erreichen sollte. Es steht zu befürchten, dass unsere Politiker jetzt nicht den Mut aufbringen, ihren kapitalen Fehler einzugestehen, und stattdessen weiter auf «Augen zu und durch» setzen werden. Erst wenn der Scherbenhaufen so gross ist, dass die Bürger ihn nicht mehr übersehen können und den für den Schaden Verantwortlichen das Vertrauen entziehen, wird der verhängnisvolle Marsch in einen europäischen Zentralstaat abgebrochen und wieder auf ein plurales Europa gesetzt. In der Unterschiedlichkeit, in der Mannigfaltigkeit liegt seine Kraft. Die Vorschläge dazu liegen vor. ◀